Bremen, 8. Februar 2016

Bearbeiter/-in: Edwin Ninierza,

Bernhard Woitalla

Tel.: 361 5465/361 59173

# Vorlage für die Sitzung des Senats

am 23. Februar 2016

## **Ausbildungsplanung 2016**

#### A. Problem

Im Rahmen der jährlichen Ausbildungsplanung beschließt der Senat die Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern, Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Praktikantinnen und Praktikanten für das Land und die Stadtgemeinde Bremen.

Die Beschlüsse über die Einstellungen im Jahr 2016 werden vor dem Hintergrund folgender Faktoren zu treffen sein:

- Die öffentlichen Dienstleistungen der bremischen Verwaltung müssen auch zukünftig, trotz des deutlich verringerten Personalbestandes weiterhin in hoher Qualität bereitgestellt werden. In den kommenden Jahren werden im bremischen öffentlichen Dienst zahlenmäßig starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen.
- Die erheblich gestiegenen Zahlen von Flüchtlingen stellen die Bremische Verwaltung vor große Herausforderungen. In seiner Sitzung am 25.08.2015 hat der Senat in seinen Beschlüssen über die Optimierung von personalwirtschaftlichen Regelungen /Gewinnung von Personal zur Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen u.a. die Senatorin für Finanzen gebeten, die vorzulegende Ausbildungsplanung unter Berücksichtigung der sich weiterhin abzeichnenden Flüchtlingszugänge zu gestalten und die jeweils dafür vorgesehenen Mehrbedarfe darzustellen.
- Unter den vielen Menschen, die wegen Krieg oder Verfolgung ihre Heitmat verlassen und in Bremen Zuflucht gefunden haben, befinden sich viele junge Menschen, die noch keine oder unzureichende berufliche Qualifikation haben. Für das Gelingen einer Integration ist es unabdingbar, den jungen Flüchtlingen durch Qualifizierung eine berufliche Perspektive zu geben. Die ersten Qualifizierungsmaßnahmen, die mit einer sogenannten Einstiegsqualifizierung starten und in einer dualen Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz münden, haben am 01.09.2014 mit 23 Personen und 01.09.2015 mit 50 Personen begonnen. Mit diesem Thema hat sich der Senat am 08.12.2015 befasst und über die Verstetigung und Ausweitung der Qualifizierungsmaßnahme "Zukunftschance Ausbildung" beraten. Im Ergebnis wird die Senatorin für Finanzen gebeten, zu prüfen, ob eine Fortsetzung und Erweiterung des Qualifizierungsangebots für junge Geflüchtete auf 100 Plätze im Jahr 2016 in Kooperation mit der Handwerkskammer und der Handelskammer Bremen realisiert werden kann. Dazu soll die Senatorin für Finanzen entsprechende Umsetzungsvorschläge im Rahmen der Ausbildungsplanung 2016 darstellen.
- Der demografische Wandel hat bereits in einigen Bereichen zu einem Rückgang der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber geführt. Es kommt bereits jetzt schon zu einem Wettbewerb um geeignete Nachwuchskräfte, dem sich der öffentliche Dienst stellen muss.
- Als besonders schwer hat sich in den letzten Jahren die Besetzung von Stellen in dem Segment "Sozialpädagogik/Soziale Arbeit" erwiesen, für die nach dem Fachkräf-

tegebot gemäß SGB VIII, in der Regel nur Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen und Sozialarbeiter/Sozialpädagogen mit staatlicher Anerkennung in Frage kommen.

- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der bremischen Bevölkerung wächst kontinuierlich und beträgt zurzeit etwa 25%. Diese Quote wird derzeit in der Beschäftigtenstruktur des öffentlichen Dienstes nicht widergespiegelt.
- Trotz der demografischen Entwicklung und der daraus resultierenden Diskussion um fehlende Fachkräfte bleiben immer noch viele Menschen bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz oder Arbeitsplatz ohne Erfolg. Dazu gehören u.a. Menschen mit Behinderungen oder Menschen, die aus anderen Gründen auf dem Ausbildungsoder Arbeitsmarkt Benachteiligungen erfahren.

#### B. Lösung

Durch Einstellungen sowie eine qualitativ hochwertige Ausbildung von Nachwuchskräften wird dazu beigetragen, dass eine differenzierte und ausgewogene Personalstruktur erreicht und dadurch die Aufgaben des öffentlichen Dienstes in quantitativer und qualitativer Hinsicht erledigt werden können.

Das Land und die Stadtgemeinde Bremen stellen sich dem Wettbewerb um geeignete Nachwuchskräfte. Durch geeignete und laufend optimierte Marketingmaßnahmen, wie bspw. die Kampagne "Du bist der Schlüssel", wird für den öffentlichen Dienst als Arbeitgeber mit seinen vielfältigen Einsatzmöglichkeiten geworben. Auch werden gezielt schwerbehinderte Menschen angesprochen. Darüber hinaus wird die Kooperationsbeziehung mit den Werkschulen verstetigt.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Berufsausbildung gezielt zu fördern, werden die bestehenden rechtlichen Optionen ausgeschöpft, um eine Ausbildung in Teilzeit zu ermöglichen. Auch das ist ein Faktor, der die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigert.

Um zu gewährleisten, dass im Bereich der sozialen Arbeit genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, wird die Hochschule Bremen in Kooperation mit der Senatorin für Finanzen einen Dualen Studiengang Soziale Arbeit ab dem Wintersemester 2016/2017 anbieten.

An dem Ziel, den Anteil der Menschen mit einem Migrationshintergrund an den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erhöhen, wird festgehalten. Durch geeignete Maßnahmen wird versucht, alle Gruppen der Bevölkerung für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zu interessieren und aus diesem breiten Kreis potenzielle Bewerberinnen und Bewerber zu gewinnen, damit langfristig die Belegschaft der öffentlichen Verwaltung die Bevölkerungsstruktur widerspiegelt. Darüber hinaus ist es angesichts der demografischen Entwicklung erforderlich, alle Personalpotenziale zu erschließen. In diesem Kontext wird auch das Qualifizierungsangebot für junge geflüchtete Menschen verstetigt und erweitert.

Auf der Basis der Personalbedarfsprognosen berücksichtigt die jetzige Planung für die personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgänge den unabweisbaren Personalbedarf für die nachfolgenden Personalsegmente.

#### I. Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe des öffentlichen Dienstes

Die Anzahl der Einstellungen von Auszubildenden/Anwärterinnen bzw. Anwärtern wird unter Berücksichtigung des sich abzeichnenden Personalersatzbedarfs festgelegt.

Folgende Einstellungen für eine Ausbildung/ein Studium werden vorgeschlagen:

#### 1. Fachrichtung Allgemeine Dienste

#### 1.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. September 2016 werden **55** Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt eingestellt. Die akademische Ausbildung erfolgt im Dualen Studiengang Public Administration an der Hochschule Bremen. Die praktischen Studienphasen werden in bremischen Dienststellen durchgeführt. Sollten sich weitere Bedarfe ergeben, werden diese insbesondere durch Absolventinnen und Absolventen des Europäischen Studiengangs Wirtschaft und Verwaltung (ESWV) an der Hochschule Bremen gedeckt.

#### 1.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Zum 1. August 2016 ist die Einstellung von **50** Auszubildenden in dem Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter vorgesehen.

Durch die erheblich gestiegenen Einstellungszahlen der Verwaltungsfachangestellten aber auch durch die gestiegenen Einstellungszahlen bei den Justizfachangestellten (Nr. 5.2) wird an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen für den Zeitraum vom 1. Mai 2016 bis einschl. 31. August 2017 befristet eine Lehrkarft eingestellt, um den Unterricht sicherzustellen.

#### 1.3 Fortbildung zur Lebensmittelkontrolleurin/zum Lebensmittelkontrolleur

Zum 1. August 2016 werden **2** Personen in die zweijährige Fortbildungsmaßnahme zur Lebensmittelkontrolleurin/zum Lebensmittelkontrolleur eingestellt.

## 2. Fachrichtung Gesundheits- und soziale Dienste, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. September 2016 werden **15** Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt eingestellt. Die akademische Ausbildung erfolgt in einem 7-semestrigen Dualen Studiengang Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen. Die Akkreditierung des Studiengangs als Voraussetzung für den Beginn, ist beantragt. Die praktischen Studienabschnitte werden in bremischen Dienststellen durchgeführt. Die Einstellung und Betreuung der Studierenden erfolgt durch das Ausund Fortbildungszentrum der bremischen Verwaltung. Dazu wird beim Aus- und Fortbildungszentrum eine halbe Stelle für eine geeignete Fachkraft eingerichtet. Mit dem erfolgreichen Abschluss des Dualen Studiengangs Soziale Arbeit wird die staatliche Anerkennung erteilt. Dazu muss die Ordnung zur staatlichen Anerkennung der Sozialpädagoginnen/Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen/Sozialarbeiter im Lande Bremen (Anerkennungsordnung) vom 9. September 2010 geändert werden.

#### 3. Fachrichtung Polizei, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. Oktober 2016 werden **120** Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärter für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei durch die Polizei Bremen eingestellt.

#### 4. Fachrichtung Feuerwehr

#### 4.1 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Zum 01.04.2016 werden **13** Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt eingestellt. Weitere **13** Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter beginnen die Laufbahnausbildung am 01.10.2016.

### 5. Fachrichtung Justiz

#### 5.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. Oktober 2016 sollen **11** Rechtspfleger-Anwärterinnen und Rechtspfleger-Anwärter eingestellt werden.

#### 5.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Zum 1. August 2016 ist die Einstellung von 25 Justizfachangestellten vorgesehen.

### 5.3 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt für den Justizvollzugsdienst

Zum 1. Oktober 2016 sollen **17** Obersekretär-Anwärterinnen und -Anwärter im Justizvollzugsdienst in die Ausbildung eingestellt werden.

#### 6. Fachrichtung Steuerverwaltung

#### 6.1 Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Zum 1. Oktober 2016 werden 20 Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter eingestellt.

#### 6.2 Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt

Zum 1. September 2016 werden 20 Steueranwärterinnen und Steueranwärter eingestellt.

Die Auszubildenden in den oben genannten Ausbildungsgängen werden nach erfolgreicher Beendigung ihrer Ausbildung in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und die entsprechenden Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.

#### II. Sonstige Ausbildungsgänge/Ausbildungsberufe

#### 7. Ausbildung beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ)

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen sieht sich als größter Arbeitgeber in der Verantwortung, im bremischen öffentlichen Dienst einschließlich der Sonderhaushalte, Eigenbetriebe und Gesellschaften eine Ausbildungsquote<sup>1</sup> in der Höhe von 7,5% bis 8,0 % pro Jahr zu verwirklichen.

Neben der Gewinnung von Nachwuchskräften für den eigenen Personalbedarf wird sich der Senat bemühen, vorrangig Bewerberinnen und Bewerber zu berücksichtigen, deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz aufgrund von schlechteren Voraussetzungen als geringer eingestuft werden. Das Land und die Stadtgemeinde Bremen wird weiterhin Ausbildungsplätze in diversen anderen Ausbildungsberufen (Anlagenmechaniker/-in, Fachinformatiker/-in, Gärtner/-in etc.) nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) anbieten, um das Ausbildungsplatzangebot aufrecht zu erhalten und um in Teilbereichen für den eigenen Bedarf auszubil-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Ausbildungsquote (=Ausbildungsvolumen - Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz, Praktikantinnen und Praktikanten in den Sozialberufen, Beamtenanwärterinnen und -anwärter sowie Referendarinnen und Referendare - dividiert durch das Beschäftigungsvolumen) bezieht sich auf die Kernverwaltung, die Sonderhaushalte, die Betriebe, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

den. Darüber hinaus soll mit dem Angebot benachteiligten jungen Menschen auf dem Ausbildungsmarkt eine Perspektive eröffnet werden.

Beim AFZ werden zum 1. August 2016 insgesamt **70** Auszubildende in verschiedenen Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz eingestellt. Die Ausbildung in diesen Berufen dauert in der Regel 3 bzw. 3,5 Jahre.

Von diesem Ausbildungsplatzkontingent werden bis zu 15 Ausbildungsplätze für Absolventinnen und Absolventen von Bremer Werkschulen aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem AFZ und der Senatorin für Kinder und Bildung zur Verfügung gestellt.

Außerdem werden zum 1. August 2016 19 junge Flüchtlinge nach dem Abschluss ihrer Einstiegsqualifizierung eine Berufsausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz beim AFZ beginnen.

## III. Sozialpraktikantinnen/Sozialpraktikanten und Erzieherinnen/Erzieher im Anerkennungsjahr

- 8.1 Zum 1. August 2016 werden außerdem **105** Erzieherinnen und Erzieher als Anerkennungspraktikantinnen oder -praktikanten eingestellt.
- 8.2 Beim AFZ werden zum 1. April 2016 **55** Sozialarbeiter/innen oder Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen ein Praktikum im Rahmen des vorgeschriebenen Anerkennungsjahres beginnen.

Die Aufteilung der Plätze für Praktikantinnen und Praktikanten soll je nach Bedarf und Bewerbungssituation flexibel gestaltet werden können, wenn der vorgegebene Finanzrahmen nicht überschritten wird. Im Bereich der Erzieherinnenausbildung/Erzieherausbildung zeichnen sich erhöhte Bedarfe ab. Sollten nicht alle unter Nummer 7 genannten Ausbildungsplätze besetzt werden können, können die nicht benötigten Haushaltsmittel für die Einstellung von weiteren unter 8.1 genannten Praktikantinnen und Praktikanten verwendet werden.

#### IV. Qualifizierungsmaßnahme "Zukunftschance Ausbildung" für junge Flüchtlinge

Das Angebot der Einstiegsqualifizierung im bremischen öffentlichen Dienst in Kooperation mit der Handelskammer und Handwerkskammer Bremen wird im Jahr 2016 fortgesetzt. Es werden zum 1. August 2016 insgesamt 100 junge Geflüchtete in die Einstiegsqualifizierungsmaßnahme (EQ) eingestellt. Mit der EQ werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine Ausbildung im dualen System vorbereitet. In diese Maßnahme sind zusätzliche Qualifizierungsbausteine (Sprache, Mathematik u.a.) implementiert, um die Ausbildungsfähigkeit zu erhöhen. Darüber hinaus wird eine sozialpädagogische Betreuung gewährleistet. Damit wird die soziale Lern- und Anpassungsfähigkeit gestärkt. In der EQ werden bereits berufspraktische Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, da die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Berufsschulunterricht des ersten Ausbildungsjahres an den Berufsschulen für den jeweils angestrebten Ausbildungsberuf besuchen. Ziel ist es, 60 Absolventinnen und Absolventen der EQ in eine Berufsausbildung in den Betrieben der Privatwirtschaft zu überführen. Bis zu 40 Absolventinnen und Absolventen können eine entsprechende Ausbildung im öffentlichen Dienst aufnehmen. Der Handwerkskammer und der Handelskammer Bremen wird ein entsprechendes Kooperationsangebot unterbreitet, damit die vorgesehene Zielgröße erreicht werden kann.

#### V . Ausbildungsquote 2016

Unter Berücksichtigung der Einstellungen in den bedarfsbezogenen Ausbildungsgängen, in den Ausbildungsberufen nach dem Berufsbildungsgesetz sowie der Praktikantinnen und Praktikanten des Sozialdienstes könnten im Jahr 2016 insgesamt 610 Ausbildungsplätze bereitgestellt werden (vgl. Anlage 1). Hinzu kommen weitere 100 Plätze für die Durchführung

einer Einstiegsqualifizierung für junge Flüchtlinge davon geplant 60 Plätze in Kooperation mit den Kammern.

Die vom Senat angestrebte Ausbildungsquote wird im Jahr 2016 erneut erreicht und voraussichtlich 8,0 % überschreiten.

#### C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

## D. Finanzielle/personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung

Es entstehen folgende Aufwendungen für die personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgänge in Euro:

Fachrichtung		Anzahl der Einstellungen	Dauer Jahre	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Allgemeine Dienste	55	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	3	244.200 €	732.600 €	732.600 €	488.400 €		2.197.800 €
		Sachkosten für die Anwärter		82.500 €	165.000 €	165.000 €	82.500 €		495.000 €
	50	Verwaltungs- fachangestellte	3	305.000 €	732.000 €	732.000 €	427.000€		2.196.000€
		zusätzliche befristete Lehrkraft an der Verwaltungsschule		36.195 €	31.671 €				
	2	Lebensmittelkontrolleure	2	19.800 €	47.520 €	27.720 €			95.040 €
Gesundheits- und soziale Dienste	15	Anwärter/-innen für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt	3,5	66.600 €	199.800 €	199.800 €	199.800 €	33.300 €	699.300 €
		Sachkosten für die Anwärter	3,5	37.500 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €	37.500 €	300.000 €
		Kosten f. 0,5 Stelle Soz.Päd.Kraft für die Praxisbetreuung bei AFZ		21.236 €	31.855 €	31.855 €	31.855 €	31.855 €	148.654 €
Polizei - Bremen	120	Polizeikommissar-Anwärter/- innen	3	428.400 €	1.713.600 €	1.713.600 €	1.285.200 €		5.140.800 €
Feuerwehr	13	Brandmeister-Anwärter/-innen - Einst. 01.04.2016	2	195.390 €	260.520€	65.130 €			521.040 €
Feuerwehr	13	Brandmeister-Anwärter/-innen - Einst. 01.10.2016	2	65.130 €	260.520 €	195.390 €			521.040 €
	25	Justizfachangestellte (Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt)	3	152.500 €	366.000 €	366.000 €	213.500 €		1.098.000 €
Justiz	11	Rechtspfleger-Anwärter/innen Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt)	3	35.970 €	143.880 €	143.880 €	107.910 €		431.640 €
	17	Anwärter/innen im Justizvollzugsdienst	2	90.270 €	361.080 €	270.810 €			722.160 €
Steuerverwal tung	20	Steueranwärterinnen und - anwärter	3	85.600 €	256.800 €	171.200 €	0€		513.600 €
	20	Finanzanwärterinnen und - anwärter	3	67.200 €	268.800 €	268.800 €	201.600 €		806.400 €
Gesamt:	361	Auszubildende		1.933.492 €	5.646.645 €	5.158.785 €	3.112.765 €	102.655 €	15.886.474 €

Für die 70 Ausbildungsplätze in verschiedenen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz im Bereich des AFZ entstehen folgende Aufwendungen in Euro:

Ausbildung nach dem BBiG	Anzahl der Einstellungen	2016	2017	2018	2019	2020	Summe
Ausbildung	45	274.500 €	658.800 €	658.800 €	384.300 €		1.976.400 €
3,5. jährige Ausbildung	25	152.500 €	366.000 €	366.000 €	366.000 €	30.500 €	1.281.000 €
Gesamt:	70	427.000 €	1.024.800 €	1.024.800 €	750.300 €	30.500 €	3.257.400 €

Darüber hinaus können zum 1. August 2016 bis 19 junge Flüchtlinge nach dem Abschluss ihrer Einstiegsqualifizierung eine duale Berufsausbildung beim AFZ aufnehmen. Diese Ausbildung wird durch Sprachkurse und ABH-Maßnahmen flankiert. Die erforderlichen Haushaltsmittel für diese Ausbildungsplätze sowie Haushaltsmittel für die Durchführung der Qualifizierungsmaßnahmen für die zum 1. August 2016 einzustellenden 100 jungen Flüchtlinge sind im Rahmen des Integrationskonzeptes des Senats angemeldet worden.

Für die Praktikantinnen und Praktikanten, die ihr Anerkennungsjahr absolvieren, werden folgende Kosten entstehen:

Anerkennun gspraktika	Anzahl der Einstellungen		2016	2017	Summe	
Erzieher/inne n	105		897.750 €	1.256.850 €	2.154.600 €	
Sozialarbeite r/innen	55		980.100 €	326.700 €	1.306.800 €	
Gesamt:	160	Praktikanten/innen	1.877.850 €	1.583.550 €	3.461.400 €	

Die erforderlichen Mittel sind in den Haushaltsentwürfen 2016 veranschlagt bzw. in den Planungen ab 2016 berücksichtigt. Die Haushaltsmittel werden im Haushaltsvollzug 2016 aus dem Produktbereich 92.02 "Zentral veranschlagte Personalausgaben" in die folgenden, dezentralen Personalbudgets verlagert: 07.01 "Polizei", 07.02 "Feuerwehr", 11.90 "Sonstiges Justiz", 91.01 "Finanzsteuerung" und 91.03 "Personal- und Verwaltungsmanagement". Außerdem stehen Haushaltsmittel im Rahmen der Sonderprogramme für Flüchtlinge zur Verfügung.

Im Rahmen der Einstellungen wird darauf geachtet, dass das Geschlechterverhältnis zueinander ausgeglichen ist. Darüber hinaus ist es das Ziel, weibliche Auszubildende für Ausbildungsberufe des gewerblich-technischen Bereichs zu gewinnen.

## E. Beteiligung/Abstimmung

Die Senatsvorlage ist mit der Senatskanzlei, dem Senator für Inneres und dem Senator für Justiz und Verfassung abgestimmt. Eine Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu der Ausbildungsplanung 2016 ist als **Anlage 2** beigefügt.

## F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Angezeigt. Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

#### G. Beschluss

- (1) Der Senat beschließt die Einstellung von **55** Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Allgemeine Dienste zum 1. September 2016.
- (2) Der Senat beschließt die Einstellung von **50** Auszubildenden im Ausbildungsberuf "Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter" zum 1. August 2016.
- (3) Der Senat beschließt die Einstellung von **2** Personen für die Fortbildung zur Lebensmittelkontrolleur zum 1. August 2016.
- (4) Der Senat beschließt die Einstellung von **15** Sozialinspektor-Anwärterinnen bzw. Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Gesundheitsund soziale Dienste zum 1. September 2016.
- (5) Der Senat beschließt die Schaffung einer halben Stelle für eine Sozialpädagogische Fachkraft beim Aus- und Fortbildungszentrum, die die Betreuung der Studierenden des

- Dualen Studiengangs Soziale Arbeit während der berufspraktischen Studienzeiten sicherstellen kann.
- (6) Der Senat beschließt die Einstellungen von insgesamt **120** Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei durch die Polizei Bremen zum 1. Oktober 2016.
- (7) Der Senat beschließt die Einstellung von **13** Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr zum 1. April 2016. Weitere **13** Brandmeister-Anwärterinnen und Brandmeister-Anwärter werden zum 1. Oktober 2016 eingestellt.
- (8) Der Senat beschließt die Einstellung zum 1. Oktober 2016 von **11** Rechtspfleger-Anwärterinnen und -Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz.
- (9) Der Senat beschließt die Einstellung von **25** Justizfachangestellten für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Justiz zum 1. August 2016.
- (10) Der Senat beschließt die Einstellung von **17** Obersekretär-Anwärterinnen und Anwärtern im Justizvollzugsdienst für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt zum 1. Oktober 2016.
- (11) Der Senat beschließt die Schaffung einer befristeten Stelle für eine Lehrkraft für die Zeit vom 1. Mai 2016 bis zum 31. August 2017 an der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen, damit der berufsbezogene Unterricht für die Verwaltunsfachangestellten und Justizfachangestellten gewährleistet werden kann.
- (12) Für die Fachrichtung der Steuerverwaltung beschließt der Senat die Einstellung von **20** Finanzanwärterinnen und Finanzanwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt zum 1. Oktober 2016.
- (13) Der Senat beschließt die Einstellung von **20** Steueranwärterinnen und Steueranwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Steuerverwaltung zum 1. September 2016.
- (14) Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Auszubildenden in den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsgängen in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen werden, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen und entsprechende Stellen sowie Haushaltsmittel für eine Übernahme zur Verfügung stehen.
- (15) Der Senat beschließt zum 1. August 2016 die Einstellung von **70** Auszubildenden in diversen Ausbildungsberufen nach dem BBiG beim Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ). Davon können bis 15 Ausbildungsplätze für Absolventinnen und Absolventen Bremer Werkschulen aufgrund einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem AFZ und der Senatorin für Kinder und Bildung zur Verfügung gestellt werden.
- (16) Der Senat beschließt die Einstellung von **105** Praktikantinnen und Praktikanten zum 1. August 2016 im Anerkennungsjahr zur Erzieherin/zum Erzieher und die Einstellung von **55** Praktikantinnen und Praktikanten zum 1. April 2016 im Anerkennungsjahr zur Sozialpädagogin/zum Sozialpädagogen oder zur Sozialarbeiterin/zum Sozialarbeiter.
- (17) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Senator für Inneres und den Senator für Justiz und Verfassung die bisherigen Maßnahmen fortzusetzen, damit der öffentliche Dienst des Landes und der Stadtgemeinde Bremen von vielen, potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen wird und auch in Zeiten der zurückgehenden Schulabgangszahlen auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig bleibt.
- (18) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, den Senator für Inneres und den Senator für Justiz und Verfassung die verstärkte Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst durch die Ausbildung zu fördern.
- (19) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen und den Senator für Justiz und Verfassung sich verstärkt um die Verbesserung der Einstellungschancen auf einen Ausbildungsplatz von schwerbehinderten Menschen zu bemühen.

- (20) Der Senat wird prüfen, ob die für 2016 vorgesehene Neueinstellung von Praktikantinnen und Praktikanten im Anerkennungsjahr für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers dem in diesem Bereich entsprechenden Bedarf genügt und ob ggf. Mittel, die durch die Nichtinanspruchnahme von Ausbildungsangeboten in anderen Bereichen frei werden, dafür genutzt werden können, um für diese Praktika zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen.
- (21) Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die bisherigen Qualifizierungsmaßnahmen für junge Flüchtlinge verstetigt und mit der Einstellung von 100 jungen Flüchtlingen zum 1. August 2016 in die Einstiegsqualifizierung (EQ) ausgeweitet werden.
- (22) Der Senat bittet, die für die Ausbildungsplanung 2016 für den Zeitraum von 2016 bis 2020 erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 22,6 Mio. € in das weitere Haushaltsaufstellungsverfahren einzubeziehen.
- (23) Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die Ausbildungsplanung 2016 an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten und die erforderlichen Beschlüsse einzuholen, damit die Haushaltsmittel für die entstehenden Personal- und Sachausgaben zur Verfügung gestellt und Einstellungszusagen erteilt werden können.

## Ausbildungsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes in Bremen

	2013		2014		2015		2016	
			_	<u>, , , , , , , , , , , , , , , , , , , </u>				
I. Personalbedarfsorientierte Ausbildungsgänge	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL	IST	SOLL	
1. Allgemeine Dienste								
1.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	26	25	40	40	62	59	55	
1.1.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt-								
Verwendung im Archivdienst	0	0	0	0	1	1	0	
1.2 Verwaltungsfachangestellte	36	36	33	33	35	35	50	
1.3 Lebensmittelkontrolleure	2	2	0	0	0	0	2	
Zwischensumme:	64	63	73	73	98	95	107	
2. Fachrichtung Gesundheits- und soziale								
Dienste, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt								
2.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt							15	
Zwischensumme:							15	
3. Polizei								
3.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt - Bremen	43	50	80	83	100	100	120	
zusätzlich- Einstellungen für Bremerhaven	7	7	4	4	20	20	0	
Zwischensumme:	43	50	80	83	100	100	120	
4. Feuerwehr								
4.1. Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	0	0	1	1	0	0	0	
4.2. Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	12	18	16	21	32	32	26	
Zwischensumme:	12	18	17	22	32	32	26	
5. Justiz								
5.1 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger	4	4	8	10	8	8	11	
5.2 Justizfachangestellte	8	8	8	8	9	9	25	
5.3 Allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst	12	15	0	0	12	12	17	
Zwischensumme:	24	27	16	18	29	29	53	
6. Steuerverwaltung			-					
6.1 Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt	15	15	15	15	15	15	20	
6.2 Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt	0	0	20	20	20	20	20	
Zwischensumme:	15	15	35	35	35	35	40	
Summe aus Teil I.	158	173	221	231	294	291	361	
II. Auszubildende nach dem								
Berufsbildungsgesetz (BBiG), kaufmännisch-								
verwaltender und gewerblich-technischer								
Bereich					T	_		
7.1 Auszubildende in diversen Berufen nach dem BBiG	404	400		440	400	400	70	
704 1711 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1	131	120	114	110	120	109	70	
7.2 Auszubildende nach dem BBiG nach Beendigung der								
Einstiegsqualifizierungsmaßnahme für junge Flüchtlinge -korrespondiert mit 9.1					0	21	19	
-korrespondien mit 9.1	_				0		19	
Summe aus Teil II.	131	120	114	110	120	130	89	
III. Sozialpraktikanten/-innen,								
Erzieher/Erzieherinnen								
8.1 Erzieherin / Erzieher	105	105	105	100	105	107	105	
8.2 Sozialarbeiter/-in / Sozialpädagoge/-in	55	64	55	55	55	81	55	
Summe aus Teil III.	160	169	160	155	160	188	160	
				-				
Gesamtsumme aus Teil I. bis III.	449	462	495	496	574	609	610	
IV. Einstiegsqualifizierung für junge Flüchtlinge								
9.1 Einstellung in die Einstiegsqualifizierung zur				J		l		
Vorbereitung auf die Berufsausbildung in diversen				J		l		
Ausbildungsberufen nach dem BBiG (korrespondiert mit						1	ı	
7.2)			25	23	50	50	100	
Summe aus Teil IV.	0	0	25	23	50	50	100	



## Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadtgemeinde Bremen



Gesamtpersonairat Knochenhauerstr. 20/25 28195 Bremen Senatorin für Finanzen Frau Bürgermeisterin Karoline Linnert Rudolf-Hilferding-Platz 1 28195 Bremen

Auskunff erfellf

Ihres Schreibens

Telefon (0421) 361 89451 Fax (0421) 496 2215

E-Mall gesamtpersonalrat@gpr.bremen.de Internet www.gesamtpersonalrat.bremen.de Datum und Zeichen

Unser Zeichen (bitte bei Antwort angeben) 9-05 Me/ko

Bremen, 8. Februar 2016

## Stellungnahme des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen zur Ausbildungsplanung 2016

Sehr geehrte Frau Linnert,

vielen Dank für die Ubersendung des Entwurfs der Senatsvorlage zur Ausbildungsplanung 2016.

Der Gesamtpersonalrat teilt die Auffassung, dass die öffentlichen Dienstleistungen auch zukünftig in hoher Qualität bereitgestellt werden müssen. Die gestiegenen Aufgaben durch die Aufnahme von geflüchteten Menschen auf der einen Seite und die absehbaren zahlreichen altersbedingten Abgänge aus dem bremischen öffentlichen Dienst erfordern erhebliche Anstrengungen zur Gewinnung und Ausbildung geeigneter Nachwuchskräfte. Angesichts der zurückgehenden Schulabgangszahlen ist es besonders wichtig, dass Bremen eine attraktive Arbeitgeberin für junge Menschen ist, um auf dem Ausbildungsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Dafür ist es wichtig, dass die Auszubildenden bereits bei Beginn der Ausbildung die Sicherheit haben, anschließend in ein Beschäftigungsverhältnis übernommen zu werden.

Die Steigerung der bedarfsbezogenen Ausbildungs-/Studienplätze ist ein gutes Signal, auch wenn in einigen Bereichen der Personalbedarf trotz erhöhter Ausbildungszahlen nicht abgedeckt werden kann.

Die Ausweitung des Angebots an dualen Studienplätzen um den Dualen Studiengang Soziale Arbeit ist nach Auffassung des Gesamtpersonalrats eine Chance, um Personalbedarfe in den sozialen Diensten abdecken zu können. Die geplante Einstellung von vorerst 15 Sozialinspektor-Anwärterinnen und Sozialinspektor-Anwärtern wird daher ausdrücklich begrüßt.

Dienstgebäude Knochenhauerstr. 20/25 III. Etage 28195 Bremen

Bus/Straßenbahn Halfesfellen Schüsselkorb/ Am Wall/ Herdentor

Seite 1 von 3 Telefon (Auskunff): (0421) 361 2215



Der Gesamtpersonalrat begrüßt die geplante Einstellung von 55 Verwaltungsinspektor-Anwärterinnen und Verwaltungsinspektor-Anwärtern und 50 Auszubildenden im Ausbildungsberuf Verwaltungsfachangestellte/Verwaltungsfachangestellter.

Die Erhöhung der Einstellungszahl auf 25 Auszubildende zur/zum Justizfachangestellten und die geplante Einstellung von 11 Rechtspflege-Anwärterinnen und Rechtspflege-Anwärtern ist positiv im Interesse einer funktionierenden Justizverwaltung.

Die für 2016 geplanten 17 Ausbildungsplätze im Bereich des Justizvollzugs sind zwar eine leichte Erhöhung gegenüber vorherigen Ausbildungsjahrgängen, aber aus Sicht des Gesamtpersonalrats angesichts der absehbaren Abgänge und der hohen gesundheitlichen Belastung der Beschäftigten zur Abdeckung des Personalbedarfs weiterhin nicht ausreichend.

Die geplante Einstellung von 120 Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt in der Fachrichtung Polizei wird begrüßt.

Die vorgesehene Einstellung von 26 Anwärterinnen und Anwärtern für die Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt in der Fachrichtung Feuerwehr im Jahr 2016 wird dem Bedarf und den Belastungen der Feuerwehr nicht gerecht, die vorgesehene Zielzahl ist damit auch nach Abschluss der Ausbildungsphase dieser Anwärterinnen und Anwärter nicht erreicht. Für eine Ausrichtung der Feuerwehr Bremen nach der bundesweit gültigen Schutzzielempfehlung der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren müssten die Einstellungszahlen darüber hinaus deutlich nach oben angepasst werden.

Die leichte Erhöhung der Ausbildungszahlen in der Steuerverwaltung ist angesichts der vorhersehbaren Altersabgänge nicht ausreichend, um den Personalbestand zu halten, dies bedeutet eine weitere Schwächung der Einnahmeverwaltung.

Die Plätze für Erzieherinnen und Erzieher im Anerkennungsjahr sind nicht ausreichend, um die Bedarfe abzudecken. Der Gesamtpersonalrat bezweifelt, dass die flexible Nutzung von ggf. nicht besetzbaren anderen Ausbildungsplätzen ausreichen wird, um dem Bedarf gerecht zu werden. Angesichts des großen Bedarfs an Fachkräften ist es dringlich, hier eine bedarfsgerechte Erhöhung der Platzzahl vorzunehmen.

Der Gesamtpersonalrat unterstützt gerne die Förderung der verstärkten Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den bremischen öffentlichen Dienst durch die Ausbildung.

Geflüchteten jungen Menschen durch Einstiegsqualifizierung und nachfolgende Ausbildung einen wichtigen Schritt der Integration zu ermöglichen, ist eine wichtige Aufgabe auch der Arbeitgeberin Freie Hansestadt Bremen. Die Fortsetzung und Ausweitung der Qualifizierungsmaßnahme "Zukunftschance Ausbildung" und die Bereitstellung entsprechender Ausbildungsplätze wird vom Gesamtpersonalrat ausdrücklich befürwortet.

Der Gesamtpersonalrat hält es für wichtig, dass auch die Belastung der ausbildenden Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen und insbesondere in den Ausbildungseinrichtungen beachtet wird. Die vorgesehenen Einstellungen für die Verwaltungsschule und das Ausund Fortbildungszentrum werden ausdrücklich begrüßt, der Bedarf ist aus Sicht des Gesamtpersonalrats damit jedoch nicht abgedeckt. Auch für die Ausbilderinnen und Ausbilder in den Dienststellen sind Unterstützungsangebote und Angebote zur Steigerung der Attraktivität der Ausbildungstätigkeit notwendig, um angesichts der ohnehin hohen Arbeitsbelastung einerseits und der Bedeutung einer guten Ausbildung andererseits auch zukünftig engagierte Kolleginnen und Kollegen für diese Aufgabe zu finden. Oft fehlt es an Anerkennung und Unterstützung der Ausbildungstätigkeit durch Vorgesetzte und Führungskräfte. Wir erwarten, dass der Senat auch weiterhin die Wichtigkeit der Ausbildungstätigkeit für die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen deutlich macht.

Wir bitten Sie, diese Stellungnahme dem Senat zur Kenntnis zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

Doris Hülsmeier Vorsitzende